

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Ar. 16 / 40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b
Fernsprecher: Morichblatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittelfret kostenlos

Berlin, 23. April 1926

Unser dritter Verbandstag in Hamburg.

Der Verbandstag wurde mit dem Empfang der Gäste und Delegierten am Abend des 11. April im festlich geschmückten Saale des Gewerkschaftshauses begonnen. Nach den Begrüßungsreden sprach Kollege Riehmann durch einen schönen selbstgeschriebenen Prolog den Willkomm zu trübbringender Arbeit aus.

Am 12. April, vormittags 9 1/2 Uhr, eröffnete dann unser Vorsitzender P. Blum die offiziellen Verhandlungen mit einer Begrüßung der Gäste, Vertreter der Behörde und ausländischer Bruderverbände. Als Vertreter der Hamburger Regierung begrüßt Senator Louis Gruenwaldt den Verbandstag in Hamburgs Mauern mit herzlichen Worten. Als Vertreter des DGB, begrüßt Kollege Franz Spließ den Verbandstag, als Vertreter des Hamburger Gewerkschaftsartikels Kollege Ehrenleit. Im Namen der ausländischen Vertreter Jönson-Dänemark, Ballchay-Hohenschloßmaier, Groß und Klarer-Österreich, Sprich-Wolfsberg-Amsterdam dem Verbandstag die Glückwünsche zu den Verhandlungen aus. Als Vertreter des Schuhmacherverbandes nimmt Kollege König, als Vertreter des Lederarbeiterverbandes dessen Vorsitzender Mähler an den Verhandlungen teil.

Kollege Blum erinnert dann an den Offenbacher Verbandstag, auf dem wir mit freudigster Erwartung unsere Hoffnung auf den Verbandstag in Hamburg gesetzt hatten, und daß bis dahin die wirtschaftlichen Verhältnisse eine wesentlich bessere Gestalt gewonnen haben würden. Blum weist dann auf die Stadt Hamburg, ihre Bevölkerung, ihren Hafen und weltwirtschaftliche Bedeutung hin, auf Hamburgs Arbeiterschaft und die von ihr geschaffenen Institutionen, die im Gewerkschaftshaus, in den Bauwerken der Konsumgenossenschaft, Produktion, der Groß-einkaufsgesellschaft, der Volksfürsorge ihren marantesten Ausdruck finden. Er schildert insbesondere Hamburgs Bedeutung für die deutsche Gewerkschaftsbewegung als Sitz der Generalkommission unter Vorsitz von Karl Legien. Er begrüßt die Teilnehmer am Verbandstag nochmals herzlich und erklärt den Verbandstag für eröffnet.

Nach den Begrüßungsreden wird die Präsenzliste verlesen; es sind sämtliche Delegierte, Gauleiter, Vertreter des Vorstandes und der Redaktion anwesend. Für den Delegierten Lindner-Teich, der erkrankt ist, erschien Eppinghaus-Weimar. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Kollege Galm eine Veränderung der Geschäftsordnung dahingehend, daß statt zehn Delegierte schon fünf selbstständig neue Anträge stellen können. Dies wird gegen fünf Stimmen abgelehnt. Das Bureau wird aus den Kollegen Blum und Dregerius als Vorsitzende, Rott, Schörler, Schütte und Sülberg als Schriftführer gebildet.

Vorsitzender Blum macht dann auf die im Saale aufgestellten graphischen Tabellen aufmerksam, welche die Entwicklung unserer Berufsorganisationen, ihre Lohnkämpfe und deren Erfolge, ihre Leistungen in sozialen Unternehmungen in wirkungsvoller Weise plastisch darstellen. Anträge, eine Ergänzung bzw. Erweiterung der Tagesordnung vorzunehmen, wurden abgelehnt. Dann erlasstete Kollege Blum den Geschäftsbericht des Vorstandes über die Zeit von Offenbach bis Hamburg. Er läßt die unheilvolle Inflationszeit ausleben und ihre Begleiterscheinungen auf unseren Verband. Einen breiten Raum nahmen die Ausführungen ein, die das Zusammenarbeiten zwischen Vorstand und Ausschuss des Verbandes betreffen, das ja den Verbandsmitgliedern im allgemeinen bekannt ist. Die Herausgabe des Mitteilungsblattes, um den Mitgliedern des Offenbacher Wirtschaftsgebietes wichtige Nachrichten lokaler Natur zu übermitteln, kann gestattet werden. Es kann aber nicht gebildet werden, daß das Mitteilungsblatt Propaganda für die SPD. betreibt, daß es den Verbandsvorstand systematisch angreift und den Bundesverband und die Politik des DGB. herabwürdigt und lediglich einen Verband im Verband bildet, der Politik auf eigene Faust betreibt.

Dann wird die bisherige Zusammenfassung unseres Verbandsauswärtiges beleuchtet, der in seiner Einstellung nicht der politisch-gewerkschaftlichen Einstellung unserer Verbandsmitglieder entspricht.

Als zweiter Berichterstatter geht Kollege Gerhardt mit der Art und Weise scharf ins Gericht, mit welcher in letzter Zeit von einzelnen Orten, ohne Einhaltung statutarischer Bindungen, Lohnkämpfe begonnen und geführt wurden. Trotzdem sei es gelungen, bis auf geringe Ausnahmen, erfolgreich abzuschließen und die Löhne erheblich zu steigern, ohne jedoch die Kaufkraft der Löhne so zu erhöhen, daß dadurch ein angemessener Ausgleich zu den allgemeinen Kosten der heutigen Lebenshaltung hätte erreicht werden können. Ein Blick in die nächsten Möglichkeiten, um einen Ausgleich in der Kaufkraft der Löhne zu erreichen, ist im gegenwärtigen Moment unmöglich, da nicht klar zu übersehen ist, ob und wann sich unsere Wirtschaftslage bessert.

Kollege Kiebel erhält den Kassenbericht, bei dem interessante Vergleiche in der Beitragsleistung gemacht wurden, die besonders die Verwaltungsstellen Berlin und Offenbach betrafen. In Offenbach blieb man allgemein in der Wahl der Beitragsklassen hinter den Verbandsgrößen erheblich zurück. Die Beitragszahlung muß weit besser werden, der Vortragsstand ist noch nicht erreicht.

Der Redakteur führt aus, daß er das Verbandsorgan im Sinne der Beschlüsse des Offenbacher Verbandstages und seiner Vorgänger, den Richtlinien des DGB. und der Amsterdamer Internationale geleitet habe. Trotzdem sei er auch den SPD.-Mitgliedern gegenüber loyal und tolerant gewesen. Leider sei er öfters gegenüber gewesen, zum Inhalt des Offenbacher Mitteilungsblattes Stellung zu nehmen, das die bewährten Führer der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei, welche die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wirksamer vertreten als die Vertreter der SPD., ständig verunglimpft hat.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Antermann, suchte den Nachweis zu erbringen, daß der Ausschuss sich bei allen seinen Beschlüssen streng an das Statut gehalten habe, trotzdem seine Zusammenlegung von Anfang an nicht den statutarischen Bestimmungen, wie sie in Offenbach geschaffen wurden, entsprach. Er verlas fast den gesamten Briefwechsel, der zwischen Vorstand und Ausschuss stattgefunden hat.

In der Aussprache gingen auch die Delegierten scharf mit der Politik unseres Ausschusses und der Offenbacher Verwaltung ins Gericht. Der Ausschuss war bestrebt sich über den Vorstand zu setzen. Trotzdem habe sich der Vorstand die erdientliche Mühe gegeben, um ein erträgliches Verhältnis mit dem Ausschuss herzustellen. Ausbessere wurde auch die Behauptung zurückgewiesen, die im Offenbacher Mitteilungsblatt aufgestellt wurde, Ebert und Wels hätten Arbeiterblut vergossen. Nicht Ebert und Wels, sondern jene SPD.-Führer haben das getan, die die Arbeiter verleitet und vor die Gewehre auf die Straße getrieben haben.

Es würde zu weit führen, alle Schiefheiten, die folgerichtig richtiggestellt wurden, nur zum Teil hier anzuführen. Von allen Seiten wird verlangt, daß kein Ort das Recht hat, den Rahmen zu überschreiten, der gezogen ist durch das Statut, Verbandsratsbeschlüsse, Richtlinien des DGB. und die Amsterdamer Internationale.

Nach der Aussprache, die erst am Dienstagabend zum Abschluss gebracht wurde, mithin fast den ganzen Tag in Anspruch nahm, wurden die Resümee der Berichterstatter entgegengenommen. Einer Anregung des Kollegen König-Suitgerat, mit unseren englischen Berufsgenossen eine Verbindung herzustellen, soll möglichst entprochen werden. Bisher war das nicht möglich. Voraussetzungen sind die Internationale Vereinigung der Schuh- und Lederindustrie nächstes Jahr in London tagen. Dann dürfte es möglich werden, durch persönliche Führung eine gewünschte Verbindung aufzunehmen. Am Anschlag an die Berichte wurde folgende Entschließung angenommen:

Entschließung:

„Der am 12. April und folgende Tage in Hamburg stattfindende Verbandstag des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes nimmt die Berichte des Vorstandes und der Redaktion der Verbandszeitung mit Befriedigung entgegen.“

Der Verbandstag erkennt an, daß unter Berücksichtigung der äußerst verwickelten Wirtschaftsverhältnisse innerhalb der verflochtenen Geschäftsperiode 1923 bis 1925, namentlich aber im Inflationsjahr 1923, der Verbandsvorstand mit dem ihm zur Verfügung gestandenen Mitteln mit Erfolg versucht hat, die vom deutschen Unternehmerium beabsichtigten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen von der Mitgliedschaft möglichst fernzujubeln.

Ueber diesen Rahmen seiner Tätigkeit hinaus hat der Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Gewerkschaften nichts unternommen, die Rechte der arbeitenden Bevölkerung zu wahren und besonders auf sozialpolitischen Gebieten alle Versuche unternimmt, der notleidenden Arbeiterschaft zu helfen. Der Verbandstag erkennt daher seine volle Zustimmung zu den Beschlüssen des Breslauer Gewerkschaftkongresses.

Der Verbandstag stellt sich rückhaltlos hinter die Beschlüsse des letzten internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien 1924 und erneuert damit sein Bekenntnis zum Internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbund.

Am Verfolg dieser Stellungnahme spricht der Verbandstag auch seine warmste Sympathie mit den Beschlüssen der Internationalen Holzarbeiter-Union (Brüssel 1925) und der Entscheidung des Kongresses der Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Vereinigung (Paris 1925) aus.

Unter Berücksichtigung dieser Erklärungen beschließt der Verbandstag über die Anträge 4 bis 11 und 15 zur

Tagesordnung überzugehen bzw. dieselben für erledigt zu erklären.“

Weiter werden aus der zu Punkt 2 der Tagesordnung geführten Aussprache folgende Beschlüsse gezeitigt. Der Antrag 3 Berlin wird in seinem ersten Teil unpariert angenommen, der zweite Teil jedoch wird abgeändert, so daß der Antrag in folgender Fassung zur Annahme gelangt:

„Die internationale Offenbau des Weltkapitals auf die Arbeiterklasse aller Länder, die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne zu reduzieren, die wenigen Rechte der Arbeiter in den Betrieben gänzlich zu beseitigen, die Sozialgesetzgebung abzubauen und die politischen Freiheiten und Rechte der Arbeiterklasse immer mehr zu beschneiden, erfordert gebietend die Herstellung einer einheitlichen und geschlossenen Klassenfront in den Gewerkschaften im nationalen wie im internationalen Maßstabe.“

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes an der Stärkung der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale und der ihr angeschlossenen internationalen Berufssekretariate mitzuwirken und im Sinne der auf deren Kongressen gefassten Einheitsbeschlüsse zu wirken.“

Weiter werden dadurch die Anträge von 1 bis 15 als erledigt erklärt.

Zum Offenbacher Mitteilungsblatt wird durch folgenden Beschluss Stellung genommen:

„Das Mitteilungsblatt einer Verwaltungsstelle darf den Rahmen eines solchen nicht überschreiten. Es hat sich vor allem jeder Polemik in gewerkschaftlichen und politischen Dingen zu enthalten. Publikationsorgan über die Laktid und die Stellungnahme des Verbandes ist nach wie vor das zentrale Verbandsorgan.“

Die Anträge Frankfurt, Bremen und Hamburg betreffend Ebert und Wels wurden zurückgezogen, dafür wurde folgender Beschluss gefasst:

„Nachdem im Laufe der Jahre eine wesentlich andere Auffassung der damaligen Ereignisse eingetreten ist, beschließt der Verbandstag, die Ausschüsse der Kollegen Ebert und Wels als nicht gesehen zu betrachten.“ (Weiterer Bericht in nächster Nummer.)

Bedeutung der Disziplin für die Gewerkschaftsorganisation.

Ueber dieses Thema haben wir uns zwar schon recht oft verbreitet, im Interesse der Organisation muß es jedoch von Zeit zu Zeit immer wieder besprochen werden.

Unter Organismus versteht man ein aus tätigen Gliedern zusammengesetztes Ganzes, von dem jedes Glied mit seiner Tätigkeit den Zweck des Ganzen verfolgt. Disziplin ist dabei Vorbedingung. Wie in einem ineinander-greifenden Räderwerk die mindeste Störung den Stillstand bewirkt, so werden auch Organisationen schiefgelegt und zur Totenlosigkeit verdammt, wenn jedes Glied seinen besonderen Willen zu befolgen trachtet und diesen der Gesamtheit nicht unterordnet. Der Charakter der Gewerkschaftsbewegung legt es nahe, die Bedeutung der Disziplin im Kriegsheere zum Vergleich heranzuziehen. Hier ist es unbestrittene Tatsache, daß der Sieg sich an die Fahnen jener Truppen heftet, in welchen die größte Disziplin herrscht. Der vergangene Krieg brachte genügend Beispiele, wie Disziplin minder zahlreiche Heeresteile zahlreicheren Feinden überlegen machte. Auch für uns Arbeiter gilt die Wahrheit, daß nichts Grobes erreicht werden kann ohne Disziplin.

Die gewerkschaftliche Disziplin bedeutet jedoch nicht, wie im Kriegsheere unbedingte Unterordnung unter Obere der Vorgesetzten, sondern sie verlangt nur, daß der einzelne seinen Willen den Interessen und Beschlüssen seiner Gewerkschaft unterordnet. Die gewerkschaftliche Disziplin bedeutet kein persönliches Opfer, sondern nur Erkenntnis der gemeinsamen Bestrebungen, sie beruht auf den natürlichen Gesetzen der Selbstbeherrschung. Das macht die gewerkschaftliche Disziplin der militärischen gegenüber keineswegs minderwertig, sondern macht sie wertvoller.

Von entscheidendem Einfluß auf die Disziplin in einer Gewerkschaft ist die Haltung der Funktionäre, ihre Auffassung, welche Stellung sie in der Organisation einnehmen. Sie sollen keineswegs eine Art Konfession von Verbandsfunktionären bilden, das fraglos alle Wünsche Rechnung zu tragen hätte, die aus Mittelsberufen geäußert werden. Andererseits dürfen sie sich keine diktatorische Gewalt anmaßen und glauben, sie sollten alles wie in einem Puppen-theater dirigieren. Für sie in erster Linie müssen das Verbandsstatut, die Generalversammlungsbeschlüsse und die wohlüberlegten Verbandsinteressen die Richtschnur bilden, wonach sie ihre Handlungen einrichten. Das ist freilich um deswillen nicht leicht und wird immer schwieriger, weil die Situationen wechseln und auch andere Faktoren

auf die Gewerkschaftsbewegung einwirkt. Insbesondere die Vorsitzendenkonferenzen der Gewerkschaften und die Organe des Tarifvertrages.

Die Zahlstellenorgane, die nicht bloß ausführende Organe ihrer Zahlstellen, sondern, wie alle anderen Funktionäre, Organe des Gelamverbandes sind, haben neben den angebotenen Richtlinien die Anweisungen der Zentralleitung zu befolgen, und das ist keine Erschwerung ihrer Aufgaben, sondern eine wesentliche Erleichterung. Einheitspolitik in einer Gewerkschaft ist lebensfähig nicht anders zu erzielen. Die Zahlstellenorgane sollen darüber wachen, daß sich auch ihre Zahlstellen mit ihren Beschäftigten und Aktionen im vorgeschriebenen Rahmen bewegen und nicht dagegen verstoßen. Jeder Zahlstellenvorstand soll aber auch anregend wirken; er ist verantwortlich dafür, daß die Verbandsaufgaben in seinem Zahlstellenbereich zeitgemäß erfüllt werden. In der Arbeiterbewegung rühren sich nämlich Unterlassungsfünden am häufigsten. Unterlassungsfünden der Funktionäre zurückzuführen als man glaubt. Der Zahlstellenvorstand hat ferner alle im bezüglichen Rahmen sich haltenden Vorschläge von Zahlstellenmitgliedern in Erwägung zu ziehen und die Beschlüsse von Versammlungen dem Verbandsvorstand entsprechend zur Ausführung zu bringen. Er muß immer in der Lage sein, selbst aus den schwierigsten Situationen heraus einen Ausweg zu finden, und er soll offen eventuellen Schwierigkeiten gegenüber die Fassung bewahren können. Zu diesem Ende muß er das Leben und Treiben in seiner Zahlstelle bis zu einem gewissen Grade beherrschen und alle Fäden in seinen Händen haben. Dazu gehört ein gewisses Maß von Autorität, die sich auf Respekt gründet. Diesen können sich die Verbandsfunktionäre nur verschaffen und erhalten, wenn sie unter sich eine mustergültige Kameradschaft pflegen, die das Pflichtbewußtsein zur Grundlage haben muß.

Der Zahlstellenvorstand vor allem hat Mühe darauf zu verwenden, die Mitglieder der Zahlstelle und die unter diesen herrschenden verschiedenen Meinungen zu studieren, und zu versuchen, die besonderen Eigenschaften der Personen nach Möglichkeit dem Verbandsvorstand dienbar zu machen. Bei genauer Information und einiger Geschicklichkeit lassen sich so in vielen Fällen Kräfte mit verschiedener Veranlagung und verschiedenen sich widersprechenden Meinungen zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen, ohne miteinander in Konflikt zu geraten. In dem Vorliegenden sollen sich Umsicht und Energie verkörpern, er soll das denkende Haupt der Zahlstelle sein. Nichtsdestoweniger soll er mit seinen Vorstandkollegen alle Zahlstellengeschäfte besprechen und sich bei der Ausführung der Verbandsgeschäfte das Ergebnis der gemeinsamen Ausprüche zur Richtschnur nehmen.

Was das ist, wie gelogt, von entscheidendem Einfluß auf die Disziplin in einer Gewerkschaft. Die Haltung der Verbandsfunktionäre und Zahlstellenorgane allein macht aber keineswegs schon die erforderliche Disziplin aus. Der Wille, Disziplin zu halten und zu pflegen, muß natürlich auch in den Verbandsmittgliedern vorhanden sein, die seine Funktion ausüben. Der Grad der Disziplin in einer Gewerkschaft hängt also im letzten Grunde davon ab, wie stark der Wille zur Disziplin in den Mitgliedervereinen vorhanden ist. Und die Erfahrung lehrt, daß die Grundlage dieses Willens zur Disziplin, nämlich ausreichendes Erkenntnis der gemeinsamen Bestrebungen, nur selten von Mitgliedern mit in die Organisation gebracht wird, sie muß ihnen meistens erst in der Organisation aneignen werden. Das ist eine mühsame Arbeit; aber sie muß eben getan werden. Man darf sie nicht vernachlässigen. Die Beauftragten und Zahlstellenorgane müssen sich im Interesse unseres Verbandes dieser Mühe durch Veranlassung von Vorträgen unterziehen. Kenntliche Mitglieder, die alle Dinge verfahren ansehen, gleichsam alle Dinge ins Wasser werfen, wo dann auch das Gerabeste trumm ersinkt, werden dann freilich immer noch vororkommen, man weiß, daß sie unzuverlässig sind. Allein mit ihnen kann man fertig werden. Es sind nicht die schlimmste Plage. Schlimmer sind jene, in denen der alte Wahn zum Vorschein kommt, die unsere Gewerkschaftsbestrebungen im Lichte auf Eigennutz hinauslaufender Geistes begreifen.

Solchen Mitgliedern gegenüber, die in gewissen Situationen mitunter populär werden, hilft freilich keine noch so gute Haltung der Verbandsfunktionäre und Zahlstellenorgane, solchen Mitgliedern muß von den Verbandsfunktionären und Zahlstellenorgane mit der Festigkeit, Energie und Entschlossenheit entgegengetreten werden. Durchdringung ist dabei allerdings, daß nicht durch Bloßma, Einschüchterung oder Streikerei der Leitung Disziplinlosigkeit in einer Zahlstelle Trumpf geworden ist. Wo aber die Leitung selbst auf Eigennutz hinauslaufende Geistes sagt und zu deren Verhinderung oder Erfolge die Mitglieder in diesem Sinne anregt, müssen unter Umständen Maßnahmen ergriffen werden, die von Fall zu Fall recht verschieden sein können. Wünschen kann man nur, daß solche Maßnahmen nicht notwendig werden. Immerhin, Disziplin muß herrschen, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihre historischen Aufgaben erfüllen soll. Eine Gewerkschaft, wo das nicht begriffen wird, kommt leicht in Gefahr, in Schwärm und Schande unterzugehen. Das kann aber niemanden wünschen oder gar wollen. Dagegen muß sich jede Gewerkschaft schützen.

Kommunismus oder Sozialismus.

Ursprünglich war der Begriff des Kommunismus das Grundprinzip der Gemeinschaft bestimmter Gruppen von Menschen, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung auf dem Boden der Gütergemeinschaft. Eine solche Gleichheit und Gleichstellung der einzelnen Menschen, ein obliques Aufgaben der individuellen Persönlichkeit, dürfte dabei keineswegs verbunden gewesen sein, denn das Aufgaben der wirtschaftlichen Selbständigkeit muß nicht notwendigerweise auch das Aufgeben der geistigen Selbständigkeit bedeuten. Man hat im Laufe der Zeit mit dem Wort Kommunismus viel Schindluder getrieben. Denn es lag in dem jeweiligen Verständnis begründet, daß dieses Prinzip, wo es auch praktisch zur Anwendung gelangte,

sehr rasch verwässert und verzerrt werden mußte. Die bauernde, praktische Verwirklichung der kommunistischen Gemeinschaft setzt voraus, daß alle Menschen, die dieser Gemeinschaft angehören, sich jeder Regung enthalten, die darauf hinzielt, sich persönliche Sonderrechte oder gar Privilegien auf Kosten der Gemeinschaft zu erwerben. Es würde zu weit führen, hier auch nur andeutungsweise auf die vielerlei Verhältnisse einzugehen, die bereits unternommen wurden, auf kommunistischem Prinzip gegründete Gemeinschaften lebensfähig zu gestalten. Sie sind gescheitert, weil es praktisch unmöglich war, das Bestreben einzelner, sich Sonderrechte und eine bevorzugte Stellung in der Gemeinschaft zu sichern, zu verhindern.

Wie diese auch heute noch sich behaupten mögen, sie wären Kommunisten, sehen wir uns diese genauer an, so ergibt sich, von geringen Ausnahmen vielleicht abgesehen, daß sie genau so egoistisch handeln wie die anderen Menschen auch.

Der Kommunismus hat mit dem was wir Sozialismus nennen und darunter verstehen manches gemeinsam, wie die gesellschaftlich organisierte Produktion und Konsumtion, die Erzeugung und die Verteilung aller Waren und Verbrauchsgüter in gerechter Weise, so daß keiner der Volksgenossen Not leidet und das zum Leben Erforderliche antreiben muß, wie es heute unter der privatkapitalistischen Herrschaft der Fall ist.

Der moderne Kommunismus ist natürlich auch nicht umstände, unbedingte Gleichheit unter den Menschen herzustellen. Ein Blick nach Sowjetrußland lehrt uns das zur Genüge. Auch dieser kommunistisch geleitete Staat war bisher außerstande, das Elend unter den Volksgenossen wesentlich zu mildern oder gar zu beseitigen. Auch die Klassenunterschiede bestehen noch wie vor, doch sind sie merklich geringer, das soll anerkannt werden.

Aber selbst der moderne Kommunismus, wie er von den russischen Machthabern verstanden und propagiert wird, läßt sich nur mit Hilfe einer militärischen Macht, mehr oder weniger durch gewaltsame Mittel aufrecht erhalten. Erst die Zeit kann uns lehren, ob es mit dem russischen System möglich ist, das russische Volk glücklicheren Zeiten entgegenzuführen. Die heutige Sowjetregierung muß jetzt ständig darüber wachen, daß sich die noch vorhandenen Intelligenzen aus der alten Zarenherrschaft nicht über kurz oder lang soviel Macht aneignen, daß sie durch einen Aufbruch die jetzigen Machthaber stürzen und ein anderes Regierungssystem errichten.

Solange in einem Volke verschiedene Interessengruppen gegeneinander arbeiten, besteht immer eine gewisse Gefahr, daß die mächtigste sich die Führung aneignet und die anderen unterdrückt. Ständig wird sie darauf hinarbeiten, ein System zu errichten, das ihr in irgendeiner Form die Herrschaft sichert.

Diese Gefahr wird erst dann verschwinden, wenn es gelingt, ein System der Organisation der Wirtschaft zu finden, welches die Erstrebung von Sonderinteressen durch einzelne Menschen oder ganzer Gruppen solcher überflüssig macht. Das wird man, unbekümmert aller bestehenden unüberwindlichen Aufstellungen über den Begriff Kommunismus, mit gewissem Recht als Sozialismus bezeichnen dürfen, denn Sozialismus ist alles, was die gesamte menschliche Gesellschaft beglückt, wenigstens nach unserer Auffassung.

Gläublicher soll die Menschheit gemacht werden durch ein besseres Gesellschaftssystem, als es die heutigen Systeme sind. Der Sozialismus ist bisher Bahnbrecher für eine höhere Kulturform gewesen. Seine Anhänger haben den politischen Kampf geführt mit scharfen geistigen Waffen, aber mit ehrlichem Rückzug.

Der Kampf, wie er von der Moskauer Zentrale organisiert worden ist, um dem Kommunismus die Wege zu bereiten, einem Kommunismus, der scharf befehlen, seiner ist, bedient sich anderer Methoden. Denn dieser Kampf richtet sich in erster Linie gegen Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften, die dem heutigen kapitalistischen System mit geistigen Waffen ein Ende bereiten wollen.

Die Anhänger des Kommunismus nach Moskauer Rezept wollen diesem System mit Waffengewalt und blutigem Terror ein Ende machen. Sie lehnen, daß nur revolutionäre Laten — Streiks und Straßenkämpfe — das Proletariat befreien können. Unglückliche Menschenopfer hat diese Agitationsweise bereits geherbet und weitere werden unausgesehrt verlangt. Wieviel Idealisten schmachten in Gefängnissen und Justizhäusern, wieviel Familien wurden ihrer Ernährer beraubt? — Die Ehrlichkeit der Arbeiterbewegung, die ohnehin schon durch christliche, kirchliche, Dundersche und gelbe Organisationen zerstückelt war, wurde nochmals gespalten und die Kampftruppe geschwächt.

Proletarier stehen gegen Proletarier und schwächen sich gegenseitig im Bruderkampf. Und wie wird dieser Kampf geführt nach dem Rezept des Sinowjew ufm.? Die gewöhnlichen Agitationsmethoden sind teilweise direkt gemein. Lüge, Verleumdung, falsches Zeugnis müssen sehr oft als Mittel zum Zweck dienen. Die gemeinsten Instinkte werden neu gewedt, die durch gewerkschaftlich-sozialistische Erziehung und Bildung schon teilweise erstet wurden.

Daß Solidarität, Pflicht und Verantwortlichkeitsbewußtsein notwendige Eigenschaften sind für den kulturellen Aufstieg eines Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse, ist eine Blutsahnprobe.

Diese Begriffe werden direkt durch die Kommunisten umgekehrt. Nicht edles Denken und Tun wird verlangt und gelehrt, sondern blinder, wahnwütiger Haß gegen die eigenen Volksgenossen wird geschürt. Mit der Förderung tierischer Instinkte, mit der Zerstörung jeder Hoffnung und des Glaubens an den Sieg mit geistigen Waffen, kann keine bessere Gesellschaftsform erreicht werden. Mit entmenschten Individuen, die systematisch zum blutigen Kampf gegen ihre Mitmenschen aufgeführt werden, wird die Welt nicht verbessert. Die Parole „Krieg dem Krieg“ ist in diesem Zusammenhang eine leere Redensart ohne jeden inneren Sinn. Denn Krieg bleibt Krieg! Wir aber wollen Frieden und keinen Krieg.

Der Kommunismus, wie er von Moskau aus propagiert und von seinen Nachbetern praktisch geübt wird,

ist in Wahrheit nur Autokratie und Diktatur; Zwang und Terror in der brutalsten Form, die jemals geübt wurde.

Die fatale Folge unserer Wirklichkeit kommt der kommunistischen Propaganda selbstverständlich überaus gelegen, denn es liegt in der Natur der Menschen, daß jede verschärfte Maßnahme sie auch geiziger macht, der Empörung über die vorhandene Ungleichheit und Ungerechtigkeit Lust zu machen und denjenigen Folgeschick zu leisten, die am radikalsten fordern.

Ob diese Forderungen freilich praktischen Wert erlangen und in absehbarer Zeit verwirklicht werden können, wird erstlich kaum erwogen. Der Bezweckelte klammert sich an die kleinste Hoffnung, deshalb findet der (struppige) Agitator auch in Arbeitslosenvereinsammlungen leicht ein williges Ohr: es ist auch nicht allzu schwer, die Arbeitslosen zu Gemütskränkungen aufzuführen. Das ist alles schon oft genug geschehen und wir wissen, daß dabei nur Verdruss, Kummer und Strafen für die aktiven Mitläufer herausgekommen sind.

Es wird nach der neuesten Parole der Zentralleitung, in Zukunft der Schwerpunkt der A.D.-Agitation in die Betriebe verlegt, wie es bisher schon teilweise geschehen wurde. Man wird bemüht sein, überall Mißtrauen zu säen gegen die Personen, die man zu befeitigen wünscht. Dagegen kann nur die Solidarität aller anständig Lebenden helfen. Ein Kommunismus, der sich mit Mitteln der gekennzeichneten Art durchzusetzen sucht, kann keinen Anspruch darauf erheben, die Kulturbewegung general zu werden. Solche Mittel beschmutzen die Sache in jeder Art und Weise, von welcher sie keine Macht der Welt zu reinigen vermag. Die Arbeiterbewegung der Gegenwart steht zu hoch, als daß sie sich in ihrer großen Mehrheit auf solches Geleise hinbeugen ließe.

Die verständliche Ueberlegung hat bereits wieder die Oberhand gewonnen. Man hat eingesehen, daß mit Terror- und Intimidationspolitik auf die Dauer keine bleibenden Erfolge zu erringen sind. Man beteiligt sich wieder an unserer organisatorischen Bildungs- und Arbeitsarbeit, die uns zwar etwas langsamer, aber auch sicher und gewiß ans Ziel bringen wird. Deshalb hoch der Sozialismus!

Löhne und Lebenshaltungskosten in Rußland.

Nach amtlichen Zahlen. Die russische Lohnstatistik des Zentralfbureaus für Arbeitsstatistik wird in der letzten Zeit mit einer zunehmenden Verpätung veröffentlicht. Um sich über die Lohnentwicklung seit dem Herbst 1925 zu orientieren, müssen wir uns daher der Angaben der statistischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates bedienen. Von gewerkschaftlichen Seite wurde wiederholt betont, daß diese Statistik die Bewegung des Arbeitslohnes zu optimistisch darstelle; aber in Ermangelung anderer Angaben wollen wir uns auf diese „Unternehmerstatistik“ stützen. Wir entnehmen aus den monatlichen Konjunkturberichten, die in der Moskauer „Handels- und Industrie-Zeitung“ veröffentlicht werden (siehe die Nummern vom 19. Dezember, 20. Januar, 18. Februar und 18. März).

Danach ist vom September 1925 bis Januar 1926 eine Verminderung des durchschnittlichen täglichen Arbeitsverdienstes im Januar 1926 gegenüber September 1925 um 4,5 Proz. und eine Verminderung des realen Monatsverdienstes um 13,4 Proz. eingetreten. Diese Verminderung des realen Einkommens des Arbeiters ist hauptsächlich durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten bedingt, daneben aber auch durch die ungenügende Entlohnung des Konsumgutes, der für die gesamte Industrie im Januar 1926 gegenüber September 1925 die Berechnung pro Tag um 2,8 Proz. gestiegen, bei Beschäftigung pro Monat um 5,1 Proz. gefallen ist.

Für die einzelnen Industriezweige ergibt sich eine Verminderung des realen Tagesverdienstes vom September 1925 bis Januar 1926 in folgendem Ausmaß: In der Kohlenindustrie um 0,5 Proz., in der Metallindustrie um 11,4 Proz., in der Textilindustrie um 8,9 Proz., in der graphischen Gewerbe um 1,6 Proz.

Diesem Rückgang der Reallohne entspricht die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Die Moskauer „Handels- und Industrie-Zeitung“ vom 18. März bringt Angaben über die Preise der Lebensmittel und einer Reihe anderer Waren, die für die Berechnung der Kaufkraft des Geldes vom Standpunkte des Arbeiterhaushaltes von Bedeutung sind. Wir bringen hier diese Zahlen, die für den 15. März in Moskau geltend umgerechnet in deutsche Währung (1 Rubel = 2,16 Mark) und deutsche Maßbeinheiten:

Roggenmehl	Sentner	16	48,0
Malzmehl	"	36	08,0
Sirke	Pfund	—	24,4
Kartoffeln	Sentner	10	32,0
Weißbrot	Pfund	—	15,2
Rote Rüben	"	—	18,7
Zwiebeln	"	—	25,1
Rindfleisch 1. Sorte	"	—	84,2
Butter	"	2	11,0
Eier	Stück	—	18,8
Sonnenblumenöl	Pfund	—	70,0
Schering, einfache	"	—	67,8
Zucker, Raffinade	"	—	84,5
Salz	"	—	19,2
Stichel, einfache	Paar	38	34,0
Katzen	Meter	1	10,0
Leinen	"	3	08,0
Tuch	"	19	78,0
Petroleum	Pfund	—	14,5
Streichöliger	Schachtel	—	08,2

Selbst unter den Lebensmitteln sind die meisten in Westeuropas; die einzige wesentliche Ausnahme bildet das Fleisch, das in Moskau bedeutend billiger ist. Dies ist aber bei weitem keinen genügenden Ausgleich für die

Preise der meisten anderen Lebensmittel, so daß der Stand des Lebensmittelpreises überhaupt, als ganzes genommen, wesentlich höher erscheint als in den meisten Ländern Europas. Die Kaufkraft des Geldes in Moskau — selbst gemessen an den Preisen der Lebensmittel — ist also in Moskau geringer als z. B. in Deutschland; und erst recht gilt es, wenn man die Kaufkraft des Geldes nicht nur nach den Preisen der Lebensmittel, sondern auch nach denen anderer Waren beurteilt.

Daß die Lebensmittelpreise allgemein in Moskau höher als im Zustande sind, wurde vor kurzem auch von dem Leiter des Moskauer Bureaus für Arbeitsstatistik, Th. Martuslohn, festgestellt. Er hat die Kaufkraft des Geldes in Moskau mit der in einer Reihe ausländischer Großstädte verglichen und ist zum Ergebnis gekommen, daß ein Komplex von Lebensmitteln, nach dem das Genieur Internationale Arbeitsamt die internationale Preisstatistik aufstellt, in Moskau teurer ist als in irgendeiner anderen europäischen Großstadt. Folgende Tabelle mag erläutern:

Kosten der Lebensmittel für einen Erwachsenen für eine Woche.
(In amerikanischen Dollars umgerechnet.)

Brag	1,24	Doll.	Rom	1,55	Doll.
Mailand	1,10	"	Amsterdam	1,50	"
Paris	1,42	"	London	1,69	"
Brüssel	1,45	"	Madrid	1,73	"
Wien	1,47	"	Ottawa (Kanada)	1,85	"
Wissabon	1,47	"	Stockholm	1,89	"
Oslo	1,50	"	Philadelphien	2,81	"
Berlin	1,50	"	Moskau	etwa 2,-	"

(Siehe Th. Martuslohn, "Die Arbeit im Moskauer Gouvernment 1923/24", Moskau 1925, herausgegeben vom Moskauer Gewerkschaftsrat, S. 24.)

Die Berechnungen Martuslohns beziehen sich auf den 1. Oktober 1924, leitend hat sich die Lage eher verschlechtert als verbessert; es genügt, darauf hinzuweisen, daß der Lebenshaltungsindeks in Moskau am 1. Oktober 1924 der Höhe von 191,9 erreichte ("Statistika Truda" 1925 Nr. 11 S. 13), am 15. März 1926 jedoch 216,2 betrug (Handels- und Industrie-Zeitung vom 18. März 1926).

Der zweckmäßigere Weg zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

D. L. V. Die landwirtschaftlichen Unternehmer bilden sich ein und beaupten allen Erstes, die landwirtschaftliche Produktion könne nur durch hohe Preise für die Produkte und durch Schutzgelder gefördert und gesteigert werden. Daß die Produktionssteigerung auch mit anderen, die Interessen der Gesamtwirtschaft weniger stark berührenden Maßnahmen betrieben werden kann, haben wir schon sehr oft nachgewiesen. Wir wollen es auch heute wieder an Hand eines Ausflusses tun, den der Aufsichtsrat des D. v. Richter in Nr. 13 der "Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft" unter der Überschrift "Möglichkeiten intensiver Wirtschaftsweise in der Landwirtschaft unter heutigen Verhältnissen" veröffentlicht hat. Herr v. Richter geht in seinem Aufsatz auf die Düngungsverhältnisse mit Strohstoff ein, die er seit einiger Zeit auf seinem Gut betreibt. Er schreibt hierüber wörtlich folgendes, nachdem er vorher festgestellt hat, daß der Strohstoff im Gegensatz zu den anderen Produktionsmitteln heute billiger eingetauscht werden kann als vor dem Krieg:

"Das Versuchsfeld bestand aus einem schmalen Reihengarten und hatte im Herbst 1924 Kartoffeln getragen, die zu ihrer Hälfte eine normale bzw. eine sehr starke Strohstoffdüngung in Form von schwefelsaurem Ammoniak bei sonst gleicher Grunddüngung erhalten hatten. Die Wirkung der sehr starken Strohstoffdüngung kam in einer sehr deutlichen Erhöhung des Kartoffelertrages zum Ausdruck; eine gleichmäßige Feststellung konnte jedoch nicht vorgenommen werden. Im Herbst 1924 wurde dieser Acker mit zwei verschiedenen Weizensorten bestellt, die im Frühjahr zwei vollständig gleichmäßige Strohstoffgaben von 120 Kilogramm schwefelsaurem Ammoniak je ein Viertel Hektar (240 Kilogramm/Hektar) erhielten; die Grunddüngung an Raht und Phosphorsalz war für alle Parzellen eine normale und gleichmäßige. Die Ausfaat des Weizens erfolgte am 15. November 1924. Die Parzellen wiederholten sich mehrmals. Die Versuche wurden ausgeführt mit Original-Timpaus Dicktopfweizen und mit Parzerweizen erster Wahl. Die Ausfaatmenge betrug je ein Viertel Hektar 75 Pfund (150 Kilogramm/Hektar); gebrüht wurde mit einer Keimenaufbereitung von 18 Zentimeter; die Parzellengröße betrug 80 Quadratmeter. Bei der gewöhnlichen Feststellung der Kornträge im Herbst ergab sich ein deutliches Mehr zugunsten der im Frühjahr 1924 zu den Kartoffeln gegebenen starken Strohstoffdüngung, wie aus der folgenden Uebersicht hervorgeht (auf Teil a schwache, auf Teil b starke Strohstoffdüngung zu der Vorfrucht 'Kartoffeln')."

Parzerweizen.					
	a	b		a	b
1a	628,75 kg je ¼ ha	685,26 kg je ¼ ha		628,75 kg je ¼ ha	685,26 kg je ¼ ha
b	602,0 " " ¼ "	599,5 " " ¼ "		602,0 " " ¼ "	599,5 " " ¼ "
c	679,4 " " ¼ "	757,0 " " ¼ "		679,4 " " ¼ "	757,0 " " ¼ "
Som Mittel 664,0 kg je ¼ ha					
Timpaus Dicktopfweizen.					
	a	b		a	b
1a	772,5 kg je ¼ ha	736,5 kg je ¼ ha		772,5 kg je ¼ ha	736,5 kg je ¼ ha
b	633,8 " " ¼ "	790,7 " " ¼ "		633,8 " " ¼ "	790,7 " " ¼ "
c	627,5 " " ¼ "	818,5 " " ¼ "		627,5 " " ¼ "	818,5 " " ¼ "
d	565,4 " " ¼ "	699,0 " " ¼ "		565,4 " " ¼ "	699,0 " " ¼ "
e	507,2 " " ¼ "	531,0 " " ¼ "		507,2 " " ¼ "	531,0 " " ¼ "
Som Mittel 621,2 kg je ¼ ha					

Auch diese interessanten Darlegungen beweisen wieder, daß in einer systematisch gepflegten und betriebenen Strohstoffdüngung ein eminent großer Vorteil für die landwirtschaftliche Produktion steht. Es kann für einen landwirtschaftlichen Betrieb nicht nebenfalls sein, ob in ihm ungenutzte Strohstoffe gebündelt und sich dann nur 692, 679, 633 und 627 Kilogramm Weizen pro ¼ Hektar gewinnen lassen.

oder ob in ihm gut gebündelt wird, und dann der Gewinn 539, 757, 790 und 818 Kilogramm pro ¼ Hektar ausmacht. Die Organisation der landwirtschaftlichen Unternehmer sollten es sich deshalb weit mehr als bisher angelegen sein lassen, für den Gedanken der intensiven Strohstoffanwendung und Strohstoffdüngung unter ihren Anhängern einzutreten und Propaganda zu machen. Auch der Herr Reichs-ernährungsminister sollte sich die Frage vorlegen, ob seine letzte Etapen nicht einen glücklicheren Eindruck gemacht hätte, wenn sie mehr als diese Dinge eingegangen wäre, als hängenzubleiben an der alten und schon hundertfach widerlegten Redensart von den Strohpollen, die die deutsche Landwirtschaft nur retten können.

Aufruf des IGB. für den 1. Mai 1926.

Genossen! Immer noch leiden die Völker Europas unter den Folgen des Weltkrieges. Was jedoch erlitten ist: immer noch gibt es Regierungen, die aus Nationalismus entweder den Frieden durch Unterdrückung der Widerheiten im eigenen Lande gefährden, oder die im Werden begriffene internationale Völkergemeinschaft aus nationalem Eigendünkel in Gefahr bringen.

Diese Auswüchse, die unausgesetzt den Weltfrieden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die ökonomische Sicherheit der Arbeiter und die Entwiklung der Arbeiterbewegung bedrohen, muß die Arbeiterklasse mit der ganzen Kraft ihres Willens bekämpfen.

Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, die Produktion im Interesse der Gesamtheit zu organisieren. Sie kann sich nur noch aufrechterhalten durch hohe Einheitszölle und Abzweigungen, oder — dank der Willkürigkeit der kapitalistischen Regierungen — durch Subventionen aus Staatsmitteln.

Jeder Tag bringt neue Reibungen über Reibungen zwischen den Nationen eines Staates oder über Gegensätze zwischen den Regierungen.

In jedem Tage zeigt es sich aufs neue, daß nur eine geeinte, fröhliche Arbeiterbewegung dem Zusammenbruch Einhalt gebietet und der zusammenschlingenden Welt Rettung bringen kann.

Darum müssen die Arbeitermassen eindringlicher als je an diesem ersten Mai ihre Macht und ihren Willen bezeugen!

Darum muß die gesamte Arbeiterklasse, das ganze Heer der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Mai demonstrieren

für den Achtstundentag!
für das Mitbestimmungsrecht in der Industrie!
für einen dauernden Weltfrieden!

Soll die Reaktion verdrängt und die Bereitung neuer Grundlagen für den Aufbau einer besseren Welt möglich werden, so muß jeder gekämpft, jeder zum Angriff bereit sein! Angesichts der Ereignisse und Veränderungen der letzten Jahre muß sich die Arbeiterklasse mehr als je ihrer historischen Mission der Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch bewußt sein.

Auf zum 1. Mai!
Auf zur Demonstration in allen Städten und Ländern!
Wäge dieser Mai ein mächtiges Jaamen sein für den entschlossenen Willen der Arbeiterklasse aller Länder, die Reaktion abzuwerfen, die Achtstunde zu erzwingen, das kapitalistische Joch zu brechen.

Es lebe die organisierte Arbeiterklasse der Welt!
Internationaler Gewerkschaftsbund.

Die Enquete des Internationalen Arbeitsamtes.

In der Zeit der Wiederaufbaukonjunktur, in der Zeit der Defizitkrise der Nachkriegsproduktion, tauchte zuerst der Plan einer Produktionsenquete des Internationalen Arbeitsamtes auf. Wie ist es möglich, die Produktion zu steigern? Wird die Vermehrung der Produktion nicht durch den Einbruch der sozialen Reform, in erster Linie durch die Einführung des Achtstundentages gefährdet? Diese Fragen beschäftigten die europäische öffentliche Meinung zu der Zeit, als die Enquete begann. Die Unterproduktion war aber bereits in eine Überproduktion umgeschlagen, als die Enquete ihren Abschluß fand, und besonders als die Ergebnisse des großzügigen Wertes veröffentlicht wurden. Die Wandlungen, die die Weltproduktion während dieser Periode erfuhr, ändern aber nichts an der Tatsache, daß die Grundprinzipien der Sozialpolitik, vor allem der Bekande des Achtstundentages, durch die Enquete in erheblichem Maße erhärtet wurden.

Der Produktionsrückgang der Nachkriegszeit ist nicht auf eine Entspannung der Arbeitskräfte infolge sozialpolitischer Maßnahmen zurückzuführen, sondern auf die Erschöpfung, deren Ursache der Raubbau der Kriegswirtschaft und die gesunkene Lebenshaltung des Arbeiters während des Krieges ist. Der Bericht des Arbeitsamtes stellt nicht nur eine Erschöpfung der menschlichen Arbeitskraft fest, sondern eine allgemeine Abnutzung der gesamten organisierten Produktionskräfte — von der Aupflanze bis zum Menschen. Neben dem Nachlassen der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft war nach dem Kriege gleichzeitig auch die Abnahme der Ergiebigkeit des Ackerbodens, die teilweise mit dem Mangel der künstlichen Düngemittel zusammenhängt, das Sinken der Ergiebigkeit des Milchviehes und die Verringerung der Leistungskraft des Tierematerials wahrzunehmen. Die Methoden des Raubbaues und der Verelendung zeigten in den kriegsführenden Ländern, am meisten natürlich in den besetzten, ähnliche Ergebnisse auf allen Gebieten, wo organische Kräfte in irrationaler Weise ausgenutzt wurden.

Der sozialpolitische Fortschritt, insbesondere der Achtstundentag hat sich in der Nachkriegszeit nicht als eine produktionshemmende Kraft erwiesen, sondern war im Ge-

heiteit der Hebel, mit dessen Hilfe die Defizitkrise der Produktion und die soziale Krise der Arbeiterklasse überwunden werden konnte. Die Angaben der Produktionsenquete sind ein bereides Zeugnis für diese Tefele.

Schon während des Krieges hat man die Erziehung gemacht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit und die Ausschaltung der Sonntagsruhe die Hoffnungen, die man an die Einführung dieser Maßnahmen knüpfte, nicht erfüllten. Auch manche Arbeitgeber sind schon in der Kriegszeit zu dieser Einsicht gelangt. Während der Raubbau der Kriegszeit zu einem ödligen Fehlschlag führte, hat die Menschenökonomie der Nachkriegszeit, die im Achtstundentag und in anderen sozialpolitischen Schulmaßnahmen zum Ausdruck kam, nicht geringe Erfolge aufzuweisen. Die Verbesserung des Gesundheitszustandes der Arbeiterklasse hat eine intensivere, wirtschaftlichere Ausnutzung der Arbeitskraft ermöglicht. Es trat eine Verminderung der verlorenen Arbeitszeit ein; nicht nur die Zahl der Krankheitstage, der Unfälle, die teilweise durch Ermüdung bedingt sind, nimmt ab, sondern das Fehlen der Arbeiter aus anderen Gründen geht auch zurück, da die Arbeiter durch den Achtstundentag freie Zeit zur Erledigung ihrer persönlichen Angelegenheiten gewinnen. Aus England wird berichtet, daß in einem Unternehmen, wo früher täglich vierzig Fehltende festgestellt werden konnten, sich diese Zahl infolge der Vierundvierzigstundennorm auf zehn vermindert hat. Aus Ländern, u. a. Frankreich und Belgien, wo der Alkoholismus sehr verbreitet war, hat man einen Rückgang desselben feststellen können. Aus den vertriebenen Staaten sind dem Internationalen Arbeitsamt Berichte zugegangen, die nicht nur von einer quantitativen, sondern auch von einer qualitativen Verbesserung der Produktion durch den Achtstundentag Redenschaft ablegen. Zu ähnlichen Ergebnissen haben auch die Arbeitererfahrungen geführt. Aber nicht nur mittelbar wird die Produktion durch die Verkürzung der Arbeitszeit gefördert. Auch die Verbesserung der Technik, der Entlohnungsmethoden, der Arbeitsorganisation (Sortenproduktion, Arbeiterauslese) sind nach den Feststellungen der Enquete Folgen der Einführung des Achtstundentages.

Nicht der sozialpolitische Fortschritt, sondern der mangelhafte Ausbau mancher sozialpolitischer Einrichtungen hat auf den Gang der Produktion hemmend gewirkt. So die Krise der beruflichen Ausbildung, die die Entwicklung der Qualitätsarbeit hindert, die Krise des Wohnungswesens, die nicht nur hohe Kosten und Zeitverluste bei langen Wegen zur Arbeitsstätte verursacht, sondern auch der Verlegung des Sitzes mancher Industrieanlagen im Wege steht.

Die dringlichste Forderung der unmittelbaren Nachkriegszeit, das Problem der Produktionsvermehrung, hat bald dem der Hebung des Abfalges Platz gegeben. Die Menge der industriellen Produktion ist heute für die Nachfrage nicht zu klein, sondern zu groß. Auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Baumwolle, Hanf, Flachs, Saugwolle, die im wesentlichen in den Tropen gewonnen sind, teilen das Schicksal der industriellen Produktion. An Stelle des Warenmangels tritt ein Warenüberfluß, an Stelle des Tonnagemangels ein Ueberfluß an Lonnage. Die vom Stapel gelassene Lonnage in den Vereinigten Staaten macht im Jahre 1923 weniger als die Hälfte der Vorkriegsmenge aus. Die Außenproduktion der Welt sinkt 1921 unter die Hälfte der Vorkriegsproduktion. Die technische Ausrüstung übertrifft die Bedürfnisse des Weltmarktes. Die im Berichte des Arbeitsamtes angeführte Erklärung Hoopers, wonach die amerikanische Industrie dank der technischen Fortschritte in der Lage sei, einen jeden Verbraucher die gleiche Warenmenge wie vor zehn Jahren zu liefern und trotzdem 20 Millionen Arbeiter zu entlassen, paßt in gewissem Grade auch auf die europäischen Verhältnisse. Während in der Defizitkrise der Produktion die aktuellste sozialpolitische Frage der Achtstundentag war, wird die Zeit der Arbeitskräfte von dem Problem der Arbeitslosenfürsorge beherrscht.

Nach der Schätzung des Arbeitsamtes betrug der durch die Arbeitslosigkeit verursachte Lohnverlust 1921 in Belgien 158, in Schweden 127,2, in Norwegen 214,1, in Dänemark 221,5 Millionen Goldfrank, in den Vereinigten Staaten nach er in einem von der Krise besonders heimgesuchten Jahre 15 bis 25 Milliarden Goldfrank aus. In den Ländern, die durch die Krise in höherem Maße betroffen wurden, mußte der Lohnausfall der Arbeitslosen eine noch höhere Stufe erklommen haben. Die Abwehrmaßnahmen, die das Kapital gegen die Krise zu ergreifen pflegt, die Einschränkung der Produktion, wirkt sich in Lohnverlusten der Arbeiterklasse aus. Es besteht die Tendenz, die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen diese Tendenz, die im Berichte über die Produktionsenquete mit einer Fülle von Daten nachgewiesen wird, mit der Arbeitslosenfürsorge. Die Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitslosenversicherung, wird von den Unternehmern mit der gleichen Heftigkeit bekämpft, wie früher der Achtstundentag. Der Achtstundentag ist ein Ansporn zur technischen und organisatorischen Vervollkommenung der Privatwirtschaft; die Arbeitslosenfürsorge ist ein Antriebs zu einer Organisation der Volkswirtschaft, die der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten vermag. Ein Staat, der seinen Arbeitslosen keine ausgiebige Unterstützung gewährt, erteilt damit dem Kapitalismus eine Prämie, die mit Hilfe der Produktionsenquete die Nachteile der Krise womöglichst auf Kosten ihrer Arbeiter für sich auszuhalten trachtet. Die Sozialpolitik bleibt unter den verschiedensten Gestaltungen des modernen Wirtschaftslebens — und das ist die wichtigste Lehre der Produktionsenquete — nicht nur ein Mittel zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft, sondern ein Hebel für den sozialen und organisatorischen Fortschritt der Produktion.

Der Gewerkschaftskampf und die Weltanbahnung vom Menschen.

Ob wir in die griechische oder römische Geschichte zurückblicken, oder ob wir das deutsche Mittelalter übersehen, überall finden wir Klassen und Stände, in die das Volk zerrissen ist, wenn diese Zerrissenheit auch nie so ausgeprägt in die Erscheinung getreten ist wie in unserer

Zeit. Durch die ganzen Jahrhunderte zieht sich die besondere Stellung, die einmal der Adel eingenommen hat, und noch die wilhelminische Zeit gab dem Adel in der Verwaltung eine besondere Führeraufgabe. Neben dem Adel hatte das Bürgerium stets ein besonderes Standesbewußtsein. Es war die Mittelstufe, die ursprünglich die Trägerin des wirtschaftlichen Lebens war, hierin keine besondere Aufgabe erkannte, und deren ganze geistige Einstellung auch aus diesem wirtschaftlichen Egoismus heraus geschah.

Das Proletariat bildeten stets die wirtschaftlich Abhängigen und Unterdrückten. Ihm fehlte aber, was der Adel und das Bürgerium besaßen, das Bewußtsein seiner Klasse. Es kam vorübergehend zwar immer wieder in Einzelerscheinungen zum Ausdruck, doch fehlte dem Bewußtsein das dauernde Bewußtsein. Große sie mehr die zunehmende Konzentration des Wirtschaftslebens auf sich, die wirtschaftlich abhängig und abhängig vom Kapitalismus wurden, um so mehr erwuchs aus diesem Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit aller wirtschaftlich Abhängigen, wie es in der Gewerkschaftsbewegung aller Schichten zu einem je imponierenderen Ausdruck gekommen ist.

Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl ist entstanden aus der Erkenntnis ökonomischer Abhängigkeit und der Ueberzeugung, daß das wirtschaftliche Recht gegenüber diesem wachsenden Riesen Kapitalismus nur durch organisierten Zusammenstoß gewahrt werden kann. Es ist damit eine Klassengemeinschaft mit wirtschaftlichen Kampfcharakter. Das neu erwachte, gewaltige, erbumspannende Klassengefühl würde sich aber hiermit nicht von dem alten Klassengefühl unterscheiden, wenn es sich auch als Selbstzweck betraute, wie es bei den alten Klassen geschehen ist. Ist das der Fall? Ist das Proletariat nur eine Fortsetzung der alten Linie der Geschichte? Ist es nur eine neue Gruppe, die zu den anderen tritt, eine neue mit dem gleichen alten Wesen?

Nein! Zum ersten Male in der Geschichte wächst im modernen Proletariat eine Klasse über sich selber hinaus. Zum ersten Male macht sich eine Klasse mit der Vertretung des eigenen Rechts zugleich zur Wächterin des großen Menschlichen. Eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte ist im Werden. Aus dem wirtschaftlichen Eigengedanken, wie er in der ganzen Geschichte der Menschheit bestimmend war, ringt der neue sittliche Gedanke vom Menschen zum Siege. Er wurde zwar oft gelehrt und von Denkern und Dichtern verherrlicht, aber die herrschende Klasse machte sich noch niemals zur bewußten Vertreterin dieses großen Menschlichen, und darum blieb der sittliche Gedanke der Welt stets von dem wirtschaftlichen Selbstzweck unterdrückt. Zum ersten Male in der Geschichte erhebt heute eine wirtschaftliche Klasse mit ihrem eigenen wirtschaftlichen Rechte zugleich den sittlichen Gedanken der Gerechtigkeit und Freiheit, eine Harmonie von Wirtschaft und sittlichem Zusammensein.

Die gewerkschaftliche Organisation, in der der wirtschaftliche Wille aller vom Kapitalismus Abhängigen heute zum Ausdruck kommt, ist damit die historische Trägerin eines neuen verbindenden Kulturgedankens. In einer wirtschaftlichen Befreiungstat liegt ein sittlicher, menschlicher Sinn. Die gewerkschaftliche Organisation kämpft um die Erhöhung des Einkommens nicht nur um des Einkommens willen. Sie kämpft um die Erhöhung des Einkommens zugleich als um eine Forderung der Gerechtigkeit. Sie kämpft gegen den Kapitalismus nicht nur um des wirtschaftlichen Erfolges der wirtschaftlich Abhängigen willen, sondern zugleich um dem materialistischen Gedanken von der führenden Bedeutung des wirtschaftlichen Besitzes entgegenzusetzen die Idee des Menschenrechts und der Menschwürde.

Praktisch steht so mancher der gewerkschaftlichen Mitglieder allerdings nur den materiellen Gewinn, den die Organisation erlangen hat. So mancher sieht noch nicht den Triumph des Rechts, der da zugleich aus der erkämpften Forderung herausfließt. Er empfindet noch nicht, wie da zugleich eine Idee aus dem dem gewerkschaftlichen Erfolge fliegend herausragt, die Idee, daß der Mensch der bestimmende Mittelpunkt des ganzen Daseins zu sein hat. Der freigelegte wirtschaftliche Kampf ist die praktische Verwirklichung einer neuen großen Weltanschauung vom Menschen.

Und das ist es, was den freigelegten wirtschaftlichen Kampf so herrlich und erhaben unterscheidet von allen anderen wirtschaftlichen Zusammenstößen. Der freigelegte wirtschaftliche Kampf ist der bewußte Träger einer neuen großen Weltanschauung, deren Mittelpunkt der Mensch ist.

Man mag über die großen Zusammenhänge des Daseins denken wie man will. Man mag den großen Rätseln des Welt-Seins Namen geben, welche man mag: im Menschen drängt all das Große zum bewußten Ausdruck. Im Menschen ringt die Idee der Entdeckung zu neuer herrlicher Betätigung. Man darf den Menschen frei, — und ihr befreit den Weltgedanken, wie ihr ihn auch nennen wollt!

Um die erwerbslose Jugend.

Wenn man in dieser Zeit beobachtet, wieviel junge Leute arbeitslos die Straßen der Großstädte durchziehen, dann fast einen ein gelindes Grauen. Eine Unterbringungsbereitschaft besteht für den größten Teil derselben nicht, obwohl sie, wenn in Arbeit lebend, Beiträge dafür zahlen müssen. Jene unter 16 Jahren haben überhaupt kein Anrecht und die von 16 bis 18 Jahren nur dann, wenn die oberste Landesbehörde festgestellt hat, daß es ihnen trotz bestmöglicher Bemühung nach der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes erst nach längerer Arbeitslosigkeit gelingen wird, Arbeit zu bekommen. Auch die Behirgungsfrage wird besonders geprüft. Zu Hausarbeitern können zwar alle Jugendlichen zugelassen werden, aber dafür kommen sie in der Regel kaum in Frage, weil ja in erster Linie Familienväter dazu berücksichtigt werden. Zudem sind sie für Erdarbeiten, um welche es sich wohl dabei ausschließlich handelt, körperlich zu schwach.

In Düsseldorf soll man im Jahre 1924 Jugendliche mit Erdarbeiten beschäftigt haben, allerdings unter Führung von erwachsenen Erwerbstätigen. Man hat anscheinend damit gute Erfahrungen gemacht. In Frankfurt a. M. hat man Jugendliche im Alter von 16 bis 18 Jahren als Helfer in öffentlichen gemeinnützigen Anstalten zu Botengängen, häuslichen und Aufbaumarbeiten verwendet. Als Entschädigung erhielten sie die Erwerbstätigenunterstützung.

Weiter sind Jugendliche in der Landwirtschaft untergebracht worden. Ob damit freilich den Jugendlichen geholfen wurde, ist sehr zweifelhaft, wenn man sich vorstellt, welche Zustände auf dem Lande herrschen, welche Anforderungen gestellt werden, welche Löhne gezahlt und welche Behandlung der Landarbeiter sich gefallen lassen soll. Außerdem ist zu bedenken, daß ständig vom Lande Jugendliche nach den Großstädten drängen, um ein Handwerk zu erlernen, oder sonstige bessere Erwerbsmöglichkeiten zu erlangen, als sie auf dem Lande vorfinden. Der städtische Unternehmer soll solche Landjugend sehr bevorzugen, weil sie im allgemeinen noch nicht so vom modernen Geist erfaßt ist wie die Stadtjugend, beheldener, williger, und daher besser ausgenutzt werden kann als die Stadtjugend.

Die heranwachsende Jugend vor Ausbeutung und Verwahrlosung zu schützen, das ist eine sehr dringende Aufgabe der Gemeinden. In Oesterreich hat man auf diesem Gebiete mit Errichtung von Lehrwerkstätten und Lehrkursen bereits vorbildlich gearbeitet. Auch bei uns soll nach § 15 des Erwerbslosenfürsorgegesetzes die Unterbringungsgewährung von der Teilnahme an Berufsausbildung, die zur beruflichen Fortbildung oder der Allgemeinbildung dienen, abhängig gemacht werden.

Es verlaute indes, daß man in dieser Hinsicht sehr engberzig verfährt. Es steht bei uns so manches nur auf dem Papier, was erst nach praktisch Form und Gestalt erlangt soll. Die gesetzlichen Bestimmungen sind oft in einer Form abgefaßt, nach welcher es ganz im Belieben der Behörden liegt, ob sie Gebrauch davon machen wollen oder auch nicht. Hier muß Druck dahinter gemacht werden. Unsere Vertreter in den Gemeinden müssen sich energisch für die Jugendlichen einsetzen.

Die gewerkschaftliche Zerspaltung durch die Christen.

Daß die christlichen Gewerkschaften durch ihre Organisationen die deutsche Gewerkschaftseinheit nur zerstört haben, wird durch die „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, dem Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, konstatiert. Dieses Organ ist immer für die Interessen der christlichen Gewerkschaften besorgt gewesen. Trotzdem ist es neuerdings zu der Erkenntnis gelangt, daß die Zerspaltung der deutschen Gewerkschaften in verschiedene Richtungen der Sache selbst nicht förderlich ist, welche die gesamte Arbeiterschaft betrifft. In Nr. 6 des „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ wird nun Stellung zu dem Artikel der „Westdeutschen“ genommen, unter der Ueberschrift: „Gewerkschaftliche Zerspaltung oder feste Arbeitsgemeinschaft?“. Zunächst wird die richtige Schlussfolgerung von der „Zerspaltung“ als Ideologie bezeichnet, der die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich nicht folgen können. Die „Westdeutsche“ hatte da unter anderem geschrieben, wie das „Zentralblatt“ selbst zitiert:

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung bietet noch ein jämmerliches Bild der Zerspaltung. So etwas gibt es nicht mehr in der Welt, und kann und wird es auf die Dauer auch in Deutschland nicht geben. Wir sind sicher: Was die Vernunft einsichtiger Arbeiter und Arbeiterführer bisher nicht erreicht hat, das wird die Unvernunft der kapitalistischen Gewaltthoren zumege bringen: Die Arbeiterschaft wird zum mindesten gewerkschaftlich in eine Front gepreßt. Ob das jeder der Führer will oder nicht, es wird so kommen! Nicht wir, sondern die rohe Rücksichtslosigkeit, die gegen die Arbeiter aufgetan ist und die Veränderslosigkeit, die ein sogenanntes christliches Bürgerium ihnen entgegenbringt, wird ein Einigungswert vorbringen, das alle Arbeiter umfaßt. Jetzt wird für den Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter noch unendlich viel Zeit und Kraft verbraucht. Eines Tages aber werden die Massen erkennen — d. h., zu einem großen Teil haben sie es jetzt schon erkannt —, daß es eine Sünde wider das eigene Leben ist, die bestehende Zwiespältigkeit und Selbstzerstückung fortzusetzen, daß wir deutschen Arbeiter vielmehr in gegenseitiger Achtung und in der Achtung jedweder aufrechten weltanschaulichen und politischen Ueberzeugung und Gestalt alle Kräfte reiflos und in enger Verbindung miteinander für unseren wirtschaftlichen Lebenskampf einzusetzen haben. Der Kommunismus wird keine Tollheiten und Uebelpartnheiten abstreifen, womit er jetzt die Arbeiterschaft verwirrt, der sozialdemokratische Arbeiter wird einsehen, daß er die reifliche Ueberzeugung der christlichen und katholischen Arbeiter muß, daß er die Kirche nicht verpöhlen und die Geistlichkeit nicht verhöhnen darf und der christliche Arbeiter wird erkennen, daß er vom Kampf gegen die sozialdemokratischen Kollegen nicht leben kann.“

Das sind ganz vernünftige Worte. Wir fürchten indes, daß noch geraume Zeit vergehen wird, bis solche Erkenntnis sich in den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen Bahn gebrochen hat. Die Einsicht, daß der wirtschaftliche Kampf, den die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter zu führen haben, alle Arbeiter gleich angeht, wird gerade von den christlichen Gewerkschaftsrichtungen immer wieder verdrängt. Die Führer der christlichen Arbeiterbewegung sehen es ab, in solcher Weise, wie die „Westdeutsche“ es fordert, mit den anderen Richtungen zusammenzuarbeiten. Das „Zentralblatt“ bemerkt dazu:

„Bist etwa die „Westdeutsche“ allen Ernstes von den christlichen Gewerkschaften verlangen, sie sollten die Reichstagsbeschlüsse überspannter Kommunisten und der auf rein parteigängiger Wirkung bedachten Sozialdemokraten ausführen? Welcher Kinderglaube, anzunehmen, aus Wälschen würden Kämmer, wenn nur die feste Arbeitsgemeinschaft aller gewerkschaftlichen Organisationen vorhanden!“

Immer wieder betont das „Zentralblatt“, daß die Lösung des sozialen Problems im christlichen Sinne das Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung sei. Als ob das Unternehmertum sich christlich und solche christliche Ideologien kümmerne. Ihnen ist gerade die christliche Zerspaltungsbewegung sehr angenehm, denn dadurch wird ihnen die Bekämpfung und Abwehr der Arbeiterforderungen kolossal erleichtert. Man darf niemals vergessen, daß die Unternehmer in ihrer Organisation solche Vorbehalte und Zerspaltungstendenzen niemals gebildet haben, sie bilden eine geschlossene Front gegenüber der Arbeiterschaft.

Man mag die Tatsachen betrachten wie man will, alles was von christlicher Seite vorgebracht wird, um das Bestehen einer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu rechtfertigen, ist wenig stichhaltig. Es sind Scheingründe und deshalb kann man es verstehen, daß die Entrüstung über die „Westdeutsche“, die so offen dargelegt hat, daß die christlichen Gewerkschaften eigentlich ganz überflüssig sind, im christlichen Lager sich Luft macht. Der Einfluß gewisser Kreise, die sowohl bei den Unternehmern wie bei der Geistlichkeit zu finden sein dürften, ist sicher noch groß genug, um es fertigzubringen, daß die Anregung der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ ungenügt verfaßt.

Rundschau.

Briefe, die ihr Ziel verfehlen. In einem Schreiben an den Industrie- und Handelsrat stellte der Reichspostminister fest, daß täglich 150 000 Briefsendungen wegen ungenügender Anschrift beim ersten Bestellversuch nicht zugestellt werden können. Ueber 40 000 hiervon müssen täglich zurückgeschickt werden, weil die Ermittlung der Wohnung auf Grund von Adressbüchern, durch Nachfragen usw. trotz aller Mühe der Post nicht gelingt, und viele Tausende von diesen Sendungen fallen der Vernichtung anheim, weil auch der Absender nicht zu ermitteln ist. Jeder sollte deshalb darauf achten, daß alle Briefsendungen den Anforderungen entsprechen, damit die Zustellung in der gewünschten Weise erfolgen kann und Geld und Zeitaufwand nicht nutzlos verort wird.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Ohne Pflichten keine Rechte!

Vom 25. April bis 1. Mai ist der 17. Beitrag fällig.

Achtung! Mitglieder und Funktionäre!

Der Verbandstag hat beschlossen folgende Beitragsklassen einzuführen:

Stundenverdienst:	25 bis 35	36 bis 45	46 bis 55	56 bis 70	71 bis 90	über 90
Beitrag:	1. Kl. 2. Kl. 3. Kl. 4. Kl. 5. Kl. 6. Kl.	25 Pf. 40 Pf. 60 Pf. 80 Pf. 1.00 Pf. 1.20 Pf.				

Lokalzuschläge zu diesen Beiträgen können erhoben werden in der ersten und zweiten Klasse 5 Pf. in der dritten, vierten und fünften Klasse 5 oder 10, in der sechsten Klasse 5, 10, 20 und mehr Pfennige.

Wo besondere lokale Verhältnisse höhere Lokalzuschläge in den unteren Klassen erforderlich machen, müssen diese mit dem Hauptvorstand vereinbart werden.

Wir bitten hierzu baldigst Stellung zu nehmen und uns den Bedarf an Markenmaterial anzugeben, da vom 23. Mai an der einundzwanzigste Beitrag mit den neuen Marken gelebt werden muß.

Berlin. Generalversammlung Dienstag, den 27. April. Gewerkschaftshaus. Bericht vom Verbandstag.

Die Mai-Versammlung findet morgens 10 Uhr in der „Neuen Welt“, Halenheide, statt.

Die Taubstammen treffen sich morgens 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus und geben geschlossen zur Maierversammlung.

Berlin. Achtung, Lehrlingsabteilung. Am Sonntag, den 25. April 1926, Wanderung nach Bernau. Abfahrt 6 Uhr 15 Min. früh Stettiner Bahnhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Der Jugendleiter.

Hamburg. Für erwiesene Aufmerksamkeit anlässlich meines Angestellten-Jubiläums sage ich allen Kollegen von nah und fern meinen herzlichsten Dank.

Ferdinand Burtart.

Rostock i. M. Folgende Mitglieder gehören dem Verband 25 Jahre an: Adolf Demin, Fritz Waack, Wilhelm Ramdow, Paul Spatz, Lud. Marott.

Veranstaltungskalender.

Köln. Volkerversammlung am 29. April, abends 7 Uhr im Volkshaus. Bericht vom Verbandstag.
Frankfurt a. M. Montag, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal: Mitgliederversammlung. Bericht vom Verbandstag.